

Exil-CDU an Chruschtschow

Grundrechte für Mitteldeutschland gefordert — Dank an die Westmächte

DT. Fulda (Eigenbericht). Die Exil-CDU hat auf ihrem Parteitag in Fulda eine aktive deutsche Außenpolitik und konstruktive Mitarbeit an einer Entspannung gefordert. Der Parteitag dankte ferner den drei westlichen Außenministern telegrafisch dafür, daß diese in Genf „so entschieden für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes eingetreten sind“ und billigte den Text eines Briefes an Ministerpräsident Chruschtschow.

In dem Brief, den der sowjetische Botschafter Smirnow nach Moskau übermitteln soll, wird der sowjetische Regierungschef aufgefordert, den deutschen Landsleuten aus Mitteldeutschland die Grundrechte und demokratischen Freiheiten einzuräumen, die mit der 1945 auch von der Sowjetunion unterzeichneten UNO-Charta allen Menschen zugestanden werden. „Die Männer und Frauen der Exil-CDU sind bereit, für ein friedliches und aufrichtiges Einvernehmen zwischen dem sowjetischen Volk und einem geeinten deutschen Volk einzutreten, wenn die sowjetische Regierung den Weg zur deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit freigibt.“

Gegen Parteihader

Die Arbeitstagung der Exil-CDU stand unter der Losung: „Selbstbestimmung auch für uns Deutsche.“ Bundestagspräsident Gerstenmaier begründete diesen Rechtsanspruch in einer öffentlichen Kundgebung mit der Charta der Vereinten Nationen, die auch von der Sowjetunion vor 14 Jahren unterzeichnet worden ist. Unter der sowjetischen Freiheitsbedrohung sei jedoch erst einmal der Zusammenhalt der Nation erforderlich. Meinungsverschiedenheiten solle man gerade jetzt auf ein Mindestmaß beschränken. Gerstenmaiers Mahnung: „Erheben wir uns über den Parteihader auch innerhalb der CDU!“, fand begeisterten Widerhall.

Unter starkem Beifall dankte der geschäftsführende Vorsit-

zende der Exil-CDU, Bundestagsabgeordneter Dr. Gradl, dem Bundestagspräsidenten für seinen Entschluß, die Bundesversammlung nach Berlin zu berufen. Man wolle nicht mit denen rechten, die Bedenken hatten, aber es sei an der Zeit, einen deutschen Willen zu formen. Das gelte auch in der Frage der Wiedervereinigung. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die Welt glaube, daß wir uns an die deutsche Teilung gewöhnen würden.

Mit Nachdruck setzte sich Gradl für ständige Verhandlungen eines Vier-Mächte-Gremiums über die Deutschland-Frage ein. Gradl lehnte den zuletzt von den Sowjets gemachten Vorschlag über die Bildung eines gemischten deutschen Ausschusses „zur Frage der Wiedervereinigung und des sowjetischen Friedensvertragsentwurfs“ wegen der verlangten paritätischen Besetzung kategorisch ab. Gleichzeitig bezeichnete er es aber als Möglichkeit, daß eine gemischte deutsche Arbeitsgruppe zur Wiedervereinigung und Friedensvertrag gebildet und den Vier-Mächte-Gremien als Hilfstuppe zugeordnet werde.

In seinem Referat vor dem Parteitag hatte Lemmer daran erinnert, daß die meisten der 130 Delegierten der Exil-CDU bereits vor zehn Jahren Haus und Hof verlassen mußten. Sie repräsentieren heute in den Landesverbänden Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die echte CDU der sowjetischen Besatzungszone. Ihr Ziel sei schon

damals weniger die Bundesrepublik als vielmehr ein vereinigtes Deutschland gewesen.

★

DT. Hat es noch Sinn, an Chruschtschow einen Brief zu schreiben, in dem die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit gefordert wird? Man kann daran zweifeln. Der politische Umgang mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten dürfte uns darüber belehrt haben, daß Argumente des Rechts bei ihm nichts vermögen. In dieser Lage gilt es immer wieder darüber nachzusinnen, ob es nicht doch noch Argumente für Deutschland gibt, die gehört werden, weil sie auch für Chruschtschow schlechthin unüberhörbar sind. Die Exil-CDU, die in Fulda tagte, hat sich dieser Mühe unterzogen. Ihr Argument an Chruschtschow lautet, daß die deutsche Spaltung Explosivstoffe frei macht, die gefährlich für alle sind, am gefährlichsten aber für die Sowjets selbst.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Sie ist, wenn wir vom 17. dieses Monats aus rechnen, genau sechs Jahre alt. Leider wurde über sie auf der Genfer Konferenz wenig gesprochen. Vielleicht sprach man dort überhaupt zuwenig über Deutschland. Die Weltkrise heißt Deutschland, nicht Berlin. Der Streit um die Stadt ist nur ein Symptom für die schwere Erkrankung Mitteleuropas. Würde Chruschtschow mehr in die deutsche Wirklichkeit blicken, dann würde er vielleicht auch auf den Gedanken kommen, daß man sich denjenigen, dem man die Freiheit gibt, zum Freund machen kann. Wir sind der Exil-CDU dankbar, daß sie dieses Argument zum Hauptargument ihres Briefes an Chruschtschow gemacht hat.

Die deutschen Verpflichtungen

J. B. G. Was im Juni 1953 in Mitteleuropa geschehen ist, das hatte bis dahin niemand für möglich gehalten. Die vier Besatzungsmächte hatten nach Beendigung der Kampfhandlungen im Mai 1945 niemals irgend-einen aktiven Widerstand spüren müssen. In keiner der vier Besatzungszonen gab es Überfälle, Partisanen oder Sabotagehandlungen. Die Welt war davon verblüfft, und man konnte manche spöttische Bemerkung über die „kuschenden Deutschen“ lesen und hören. Dann aber kam jener urplötzliche Volksaufstand im sowjetischen Besatzungsbereich, der über Nacht die meisten Städte zwischen Oder und Elbe erfaßte. Damit hatte niemand gerechnet. Daß die fügsamen Deutschen ohne jede Vorbereitung und Organisation, einfach aus einem elementaren Entschluß, auf die Straße gehen, ihren leidenschaftlichen Willen zu Einheit und Freiheit bekunden, die Machtmittel eines totalitären Polizeistaates lahmlegen und den Panzerkolonnen der sowjetischen Militärmacht mit waffenlosen Händen entgegneten könnten, das schien undenkbar. Unsere Landsleute in Ostberlin, in Brandenburg und Sachsen, in Thüringen und Mecklenburg — sie bekamen das fertig. Seit diesem Tage weiß die Welt, daß auch die Deutschen fähig sein können, für die Freiheit alles einzusetzen.

★

Waren die Opfer des Juni 1953 umsonst? Auf den ersten Blick könnte es so scheinen. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Unter dem Schutz der sowjetischen Panzer und Maschinengewehre konnten Ulbricht und seine Funktionärsguppe ihr Regime wieder festigen und den kommunistischen Kurs fortsetzen. Nach einer kurzen Pause wurde der Druck wieder verschärft; die kommunistische Verwandlung der Zone ging weiter. Aber es ging auch der Fluchtstrom weiter. In jedem Jahr kamen

Hunderttausende über die Zonen-grenze, weil sie die Existenz- und Gewissensnot nicht auszuhalten vermochten.

Dennoch war der Aufstand nicht umsonst. Er belehrte die Welt, daß die ruhig gehaltene Oberfläche des kommunistischen Zonenstaates trügerisch ist. Daß der Polizei- und Propaganda-apparat zwar das äußere Auftreten der Menschen beherrschen kann, nicht aber ihr Fühlen und Denken. Hätte es weiterer Beweise bedurft, so wurden sie 1956 in Polen und Ungarn erbracht. Seither weiß der Kreaml, daß der Boden heiß ist, auf den er seine Machtposition in Europa vorgeschoben hat.

★

In den Noten und Erklärungen der Sowjetregierung seit dem Berlin-Vorstoß im vergangenen November finden sich immer wieder Hinweise auf die den Frieden gefährdende Situation in Berlin und in Deutschland, auf die Gefahr, daß die Mächte, deren Truppen auf deutschem Boden stehen, in militärische Verwicklungen geraten könnten. Militärische Konflikte können hier auch entstehen als Auswirkung von Zusammenstößen der beiden Weltblöcke irgendwo sonst in der Welt. Auf deutschem Boden besteht eine spezifische Gefahr, herrührend aus der Teilung des Landes, herrührend aus dem verhaltenen, aber unbeirrten inneren Widerstreben der mitteldeutschen Bevölkerung gegen das auferlegte volksfremde Regime. Vielleicht glaubt man im Kreaml noch immer, man könnte durch eine Isolierung Westberlins und durch eine völkerrechtliche Fundierung des kommunistischen Zonenstaates die Gefahr eindämmen, sie gewissermaßen regulieren und so in die Gewalt bekommen. Aber das wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Volkswille ist stärker als künstliche Dämme, und seit dem 17. Juni 1953 weiß man, daß auch in Deutschland ursprüngliche Kräfte ganz plötzlich wie Naturgewalten aufbrechen können.

Niemand kann das wünschen; denn die Gefahr wäre unermeßlich. Es ist keine Redensart, sondern tiefste Überzeugung,

wenn von deutscher Seite seit Jahren immer wieder warnend darauf hingewiesen wird, daß die anhaltende Teilung Deutschlands eine anhaltende Gefahr für den Weltfrieden ist. Aber wir Deutschen im freien Teil unseres Landes können auch nicht hinnehmen, daß die Lösung der deutschen Frage und damit die Erfüllung der Sehnsucht unserer Landsleute in Mitteleuropa, die vor sechs Jahren so überwältigend aufbrach und seither in einem ununterbrochenen Flüchtlingsstrom demonstriert wird, immer wieder hinausgeschoben wird. Gegenwärtig ist Deutschland eines der beherrschenden Themen internationaler Gespräche und Verhandlungen. Die deutsche Frage ist zu kompliziert, als daß man erwarten könnte, sie wäre in einigen Konferenzwochen — und sei es auch eine Gipfelkonferenz — zu lösen. Was aber nicht mehr geschehen darf, das ist eine erneute Vertagung der Deutschlandfrage.

★

Die letzten Konferenzen über die Deutschlandfrage vor den jetzigen wurden 1955 abgehalten. Damals ging man ergebnislos auseinander und ließ dann vier Jahre die deutsche Frage sozusagen unter dem Tisch liegen. Das darf sich diesmal nicht wiederholen. Das mindeste, was erreicht werden muß, ist die Einrichtung eines ständigen Gremiums der vier Mächte, in dem unter deutscher Mithilfe die deutsche Frage unter all ihren Aspekten — Wiedervereinigung, Friedensvertrag, Sicherheitssystem — stetig und systematisch verhandelt wird bis zu einer Lösung. Käme nicht einmal das heraus, dann wäre die Gefahr groß, daß sich der Menschen in Mitteleuropa eine neue Verzweiflung bemächtigte. Das zu verhindern und durch eine aktive Politik Zuversicht zu schaffen, das ist eine der wichtigsten Verpflichtungen, die sich gerade für die deutsche Politik aus dem Erlebnis des 17. Juni 1953 ergibt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Europa muß zusammenstehen

Führende Politiker und Wissenschaftler vor dem Kommunalen Weltkongreß

Berlin (Eigenbericht). Für eine Aktivierung des europäischen Gedankens haben sich führende Politiker und Wissenschaftler aus Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien, den Niederlanden, Österreich und Deutschland auf dem Europatag des Kommunalen Weltkongresses ausgesprochen. In dem mit den Fahnen von 36 Ländern geschmückten und von den Kongreßteilnehmern bis auf den letzten Platz gefüllten Auditorium stellte der Hauptreferent, der Generalsekretär des Europarates, Benvenuti (Italien), fest, alle europäischen Länder seien heute aufeinander angewiesen. Wenn ein Land in eine wirtschaftliche Krise gerate, könne nur die Hilfe aller eine gemeinsame Krise verhüten.

Nach einem ausführlichen historischen Überblick wies Benvenuti darauf hin, es gebe auch keine unabhängige, individuelle Geschichte der europäischen Länder. Wirtschaftliche Unabhängigkeitsbestrebungen eines einzelnen Landes seien undenkbar. Zuvor hatte der Leiter der Tagung, der Vizepräsident des Belgischen Städte- und Gemeindeverbandes, Spinoy, alle Länder zu einer verstärkten Zusammenarbeit aufgerufen. Der Gedanke von der Einheit Europas dürfe nicht nur in den Schulen gefördert werden.

Einheitliche Ausbildung

Im Verlauf der Forumdiskussion über Fragen der europäischen Erziehung unter Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters Brandt erhielt der Vertreter des Europaparlaments, Nederhorst (Niederlande), viel Beifall, als er sich für eine einheitliche Berufsausbildung in Europa einsetzte. Wie den Studenten müßte auch den jungen Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, ihre Ausbildung in einem anderen Land zu absolvieren. Dieses Zeugnis müsse man dann im eigenen Land anerkennen. Der Vizepräsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Marjolin (Frankreich), forderte auf, eine Grundlage für ein einheitliches Erziehungssystem zu schaffen. Während der Präsident der Europakommission des Internationalen Gemeindeverbandes, Koref (Österreich), an die Gemeinden appelliert, die geistigen Grundlagen für ein einheitliches Europa zu fördern, wies der Präsident des europäischen Erzieherbundes, Pro-

fessor Alers (Belgien), auf die Schwierigkeiten hin, die sich besonders bei der Volksschule ergeben.

Ferner wurden eine europäische Erwachsenenbildung, Reisen mit Sprachkursen und die Bildung von Heimvolks-

schulen mit europäischem Charakter angeregt. In einer Reihe von Empfehlungen ist u. a. auch ein „Europatag“ mit Schulfestern vorgeschlagen worden.

1960 in Cannes

Zum Auftakt des Kommunalen Weltkongresses trat am Donnerstag auch das Internationale Präsidium des Rates der Gemeinden Europas zusammen. Der nächste europäische Gemeindetag soll 1960 in Cannes stattfinden. Präsident Dr. Cravatte (Luxemburg) kündigte an, man werde sich für Aufnahme der Charta der Gemeindefreiheiten als festen Bestandteil in ein Grundgesetz für die Vereinigten Staaten Europas einsetzen.

„Kein Sumpf der Korruption“

Schröder: Beamenschaft zuverlässig und unbestechlich

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung und der Bundestag sind sich darin einig, daß es in Bonn keinen „Sumpf der Korruption“ gibt. Das kam in einer längeren Debatte des Parlaments über die Bestechungsfälle der jüngsten Zeit zum Ausdruck. Bundesinnenminister Dr. Schröder wies nach, daß die Zahl der Korruptionsfälle in Bonn geringer ist als in den Verwaltungen der Länder und Gemeinden und gleichfalls geringer als in den Reichsministerien in der Weimarer Zeit.

Die Große Anfrage der SPD, die den Anlaß zu der Debatte bot, wurde von dem SPD-Abgeordneten Schmitt-Vockenhausen vor allem mit dem Hinweis begründet, daß in der Bevölkerung der Eindruck entstanden sei, in Bonn seien Korruptionsfälle an der Tagesordnung. Der SPD-Sprecher machte dafür teilweise die Bundesregierung verantwortlich, der er vorwarf, sie habe versäumt, klarzustellen, daß Korruption kein „Kavaliersdelikt“ sei. Die stärksten Beschuldigungen richtete er

aber gegen die Wirtschaft, die von einem „Gefälligkeitswesen“ durchwuchert sei. Industrie und Handel verurteilten zwar öffentlich die Verteilung von „Schmiergeldern“, in Wirklichkeit unternehmen sie aber nichts dagegen. Durch die Millionenaufwendungen der Wirtschaftsvertretungen und der „Lobbyisten“ in Bonn sei allmählich die jetzige Atmosphäre entstanden.

Minister Schröder erwiderte darauf, die bisher festgestellten Bestechungsfälle seien nur Einzelfälle. Die deutsche Beamenschaft sei in ihrer überwältigenden Mehrheit heute wie früher pflichtbewußt, zuverlässig, fleißig und unbestechlich. In der Bundesverwaltung sei die Zahl der Bestechungsfälle in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Insgesamt seien in den vergangenen fünf Jahren 20 Angehörige der Bundesverwaltung wegen einfacher und 40 wegen schwerer Bestechung rechtskräftig verurteilt worden, bei fast 700 000 Beamten und Angestellten, die heute vom Bund beschäftigt werden.

Die Sowjetzone — heute

Sechs Jahre nach dem Aufstand — Forderungen der Demonstranten unerfüllt

DT. — Vor sechs Jahren forderten die Menschen in der Sowjetzone: Freie Wahlen in ganz Deutschland, den Rücktritt der Regierung, Freiheit für die politischen Gefangenen, Abschaffung des Staatssicherheitsdienstes, Beseitigung der Zonen-grenzen und die Senkung der Arbeitsnormen. Es gab niemanden, der diese Parolen ausgearbeitet hatte. Sie waren plötzlich in aller Munde am 17. Juni 1953. Heute, sechs Jahre nach dem Volksaufstand, sind diese Forderungen immer noch nicht erfüllt. Sie schlummern in den Herzen der 17 Millionen, denen inzwischen jede Möglichkeit genommen ist, ihren politischen Willen zu bekunden.

In den Leuna- und Buna- werken, in Agfa-Wolfen, in den Magdeburger Großbetrieben und in den Betrieben der Leipziger Schwerindustrie erinnern sich heute die Arbeiter sehr genau an das, was sie vor sechs Jahren forderten. Sie nicken, wenn man auf ihre Lohntüte weist. Sie gehen mit mehr Lohn nach Hause, und die Waren in den HO- und Konsumgeschäften sind billiger geworden. Das Angebot ist reichhaltiger, und kaum einer braucht zu hungern oder zu frieren. Sie stimmen den Propagandisten der Partei zu, wenn sie auf die Ferienplätze für 30 Mark in der Woche hingewiesen werden, und wenn einzelne „Errungenschaften“ als Zeichen des Wohlstandes im Arbeiter- und Bauernstaat gelten müssen. Sie wissen ja, wie fleißig sie alle waren und wie viele Sonderschichten noch zu fahren sind.

Die Leistungen der sowjetzonalen Wirtschaft und Industrie sind die Leistungen der mitteldeutschen Arbeiter, die trotz Fehlplanungen, trotz des Materialmangels, trotz einer endlosen Kette von Schwierigkeiten eine stockende Produktion in Gang gebracht haben.

Sechs Jahre danach rennt die Partei mit ihrer starren Doktrin weiterhin Wände ein und verlangt einen Kurs, der sich als schwerfällig, unreal und für deutsche Verhältnisse unbrauchbar erwiesen hat: Die Kopplung wirtschaftlicher und kultureller Vorgänge mit politischen Bedingungen. Die politische These, daß erst das politische Bewußtsein der Massen das Sein verändert, führt zu der Bearbeitung der Bevölkerung mit politischen Phrasen. Der Arbeiter wird zur Lektüre der kommunistischen Ideologie an-

gehalten, weil er erst dann die Ersatzteile herstellen könne. Der HO-Angestellte muß eine politische Erziehung ertragen, weil er dadurch die Versorgung der Bevölkerung verbessere. Der Kellner hat um eine Gaststättenkultur zu kämpfen, indem er sich mit Lenin befaßt, und der

Bilanz des Terrors

Nach einem amtlichen Bericht des sowjetzonalen Ministeriums für Staatssicherheit (SSD) gab es am 17. Juni 1953 auf seiten der Demonstranten 267 Tote und 1071 Verletzte, auf seiten der SED-Funktionäre 116 Tote und 645 Verletzte.

Standrechtlich erschossen wurden 141 Personen, davon 89 Demonstranten und 52 Volkspolizeiangehörige und Beamte des Geheimdienstes wegen Befehlsverweigerung. 14 Personen wurden später als angebliche „Provokateure“ zum Tode verurteilt, 31 weitere Personen wurden während der Sperrstunden des Ausnahmezustandes erschossen, 28 weitere schwer verletzt. Viele andere Fälle wurden offiziell nicht bekannt.

Bauer kann sein Übersoll erst dann erfüllen, wenn er weiß, was in den Parteibeschlüssen steht.

SED kontrolliert

In den abgelaufenen sechs Jahren hat die SED ihre Herrschaft durch Dekrete weiterhin gefestigt. Diese zentrale Lenkung und Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens in der Zone bezieht sich heute auf alle Gebiete:

• Eine Wohnung erhält nur derjenige, der einen Nach-

weis über geleistete Aufbaustunden erbringen kann oder von einem an Parteibeschlüsse gebundenen Angestellten eine Zuweisung vorzeigt.

• Einen Studienplatz bekommen nur Bewerber, die von politisch abhängigen Funktionären eine Befürwortung über ihre gesellschaftliche Einstellung vorlegen.

• Auf einen Arbeitsplatz werden nur Personen eingewiesen, wenn die politischen Instanzen eines Betriebes durch die Kaderabteilung ihre Zustimmung dafür erteilen. Die Umwandlung des wirtschaftlichen und bäuerlichen Privatbesitzes erfolgt nach politischen Grundsätzen. Gewerbetreibende finden erst dann Unterstützung in ausreichender Form, wenn sie sich einer kollektiven Betriebsform angeschlossen haben. Einzelbauern werden propagandistisch bearbeitet, einer Produktionsgenossenschaft beizutreten, desgleichen Handwerker.

Überwachung bis in die Familie

Ärzte sollen sich — trotz teilweise schonender Behandlung wegen Ärztemangels — zum Arbeiter- und Bauernstaat bekennen und eine Erklärung für den SED-Staat abgeben. Professoren, Lehrer und Erzieher müssen sich ebenfalls positiv zum SED-Staat einstellen, anderenfalls drohen ihnen wirtschaftliche Nachteile.

Die Jugendförderung steht ganz im Zeichen der SED-Politik. Jugendweihe, Namensgebung, Kinderferienlager, polytechnischer Unterricht und Berufsausbildung unterliegen ideologischen Grundsätzen.

Der Bezug eines Fernsehgerätes hängt von der Befürwortung des Kaderleiters oder Parteigruppen-Obmannes ab.

In Haus- und Hofgemeinschaften findet eine regelmäßige Überwachung der Familie statt. Hausbücher sorgen für eine stets zu überwachende Meldeordnung.

Reisen ins Bundesgebiet oder ins westliche Ausland werden

Fortsetzung auf Seite 5

Berlins Freiheit garantiert

Rundfunkansprache Herters an das amerikanische Volk

Washington (ap). Eine neue Garantieerklärung für Berlin gab der amerikanische Außenminister Herter in einer Rundfunk- und Fernsehansprache an das amerikanische Volk ab. Er betonte, „die Freiheit der tapferen Bevölkerung Westberlins“ werde von den westlichen Verbündeten bei den Verhandlungen mit den Sowjets niemals aufs Spiel gesetzt werden. Zur Genfer Außenministerkonferenz erklärte Herter, daß die Gespräche keinerlei Fortschritte erbracht hätten, die eine Teilnahme Eisenhowers an einer Gipfelkonferenz rechtfertigen würden. Der Präsident sei jedoch bereit, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow zusammenzutreffen, wenn es in Genf zu „einem gewissen Maß an Fortschritten“ kommen sollte.

Der Minister sprach davon, daß die bisherigen Verhandlungen „eine gewisse Möglichkeit eines Übereinkommens bezüglich besonderer Vereinbarungen für Berlin“ offenbart hätten. Wenn die Sowjets jedoch an ihrem Entschluß festhielten, zwei Millionen freie Deutsche

in Westberlin zu annektieren, dann sei kein Übereinkommen möglich. Herter sprach sich für eine Fortsetzung weiterer diplomatischer Bemühungen aus, um eine annehmbare Regelung für die deutsche Frage mit Moskau zu erreichen. Sie dürfe jedoch nicht auf Kosten der Berliner Bevölkerung gehen. „Unser Schicksal und das Schicksal der Bevölkerung Berlins sowie jedes freien Volkes sind miteinander verbunden. Wenn ihre Freiheit aufhört, hört unausweichlich auch unsere Freiheit auf.“

Zum westlichen Vorschlag für eine Wiedervereinigung Deutschlands erklärte Herter, daß dieser Plan in der ganzen Welt weithin Zustimmung erhalten habe. Das Studium des Plans zeige, daß die westlichen Verbündeten bereit seien, eine „Extrameile“ zu gehen, um den Frieden zu sichern. „Ich hoffe immer noch, daß die Sowjetunion diesen Vorschlag ernstlich prüfen wird.“ Bis zur Stunde gebe es jedoch keine Anzeichen, daß die Sowjets an echte Verhandlungen interessiert seien.

stärker werden lassen als vor sechs Jahren.

Sechs Jahre nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ist die Diktatur auf zahlreichen Ebenen perfektioniert. Die harten Kanten der politischen Zwangsjacke sind abgeschliffen, und eine elastische, wenn auch nicht weniger rücksichtslosere Ausbeutung der Mehrheit des Volkes durch eine politische Minderheit ist gefolgt.

Der Ruf nach politischer Freiheit, der am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland und in Ostberlin erklang, ist unverhüllt und muß für uns, die um diese Not wissen, Symbol und Mahnung bleiben.

Ruhrepidemie jetzt auch in Magdeburg

Berlin (ap). Die seit Wochen in den südwestlichen Randgebieten Berlins grassierende Ruhrepidemie hat jetzt auch auf den Bezirk Magdeburg übergriffen. Die von der Bezirkshygieneinspektion im Magdeburger SED-Organ „Volksstimme“ veröffentlichten Anweisungen an die Bevölkerung des Bezirkes sprechen von „durchfallartigen Erkrankungen“ im Kreise Wanzen in der Nähe von Magdeburg. Vor wenigen Tagen hatten Zeitungen des Bezirkes Potsdam zugegeben, daß die Kreise Potsdam, Potsdam-Land, Königswusterhausen, Teltow, Treuenbrietzen und Nauen von der Epidemie betroffen seien und verschärfte Hygienebestimmungen der Gesundheitsbehörden veröffentlicht.

Die Bevölkerung des Bezirkes Magdeburg wurde von der Hygieneinspektion aufgefordert, Verständnis dafür aufzubringen, wenn erkrankte Personen zwangsweise ins Krankenhaus eingewiesen werden müßten. Die vorbeugende Behandlung der Bevölkerung mit Medikamenten wurde angekündigt. Es wurde ein Bade- und Versammlungsverbot ausgesprochen und die Durchführung von Sport- und Wanderveranstaltungen untersagt.

Nach Westberlin hat die Ruhrepidemie bisher nach Mitteilung des Landesgesundheitsamtes nicht übergriffen. Jedoch wurde eine verschärfte gesundheitliche Beobachtung der Lager für Sowjetzonenflüchtlinge angeordnet.

Die Sowjetzone — heute

Fortsetzung von Seite 4

nur „zuverlässigen Bürgern“ gewährt, die fest auf dem Boden der Arbeiter- und Bauernmacht stehen.

Und schließlich haben zahlreiche Arbeiter unter dem Druck der verschleierte Normerhöhungen heute nicht weniger zu leiden als damals. Heute heißen die Normerhöhungen „Kampf gegen die rote Laterne“, „Siebenstufenrakete“, Sonderschicht zu „Ehren des 10. Jahrestages“, „Kompaßbewegung“, „Stafettenbewegung“, „Nationales Aufbauprogramm“, „Steckenpferdbewegung“ usw.

Sechs Jahre danach gilt die Forderung von damals nach Freilassung der politischen Gefangenen für Tausende von Personen, die als Studenten oder als Arbeiter und Bauern Kritik am SED-System geübt haben und vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machten.

Die Beseitigung der Zonengrenzen steht als klare Forderung nach wie vor in den Herzen der 17 Millionen. Der Vater will zum Sohne, die Mutter zur Tochter. Die Menschen in Ost und West wollen Kontakte der Familien, wünschen den freien Reiseverkehr ohne politische Zwangsauflagen und ohne Bedingungen.

Die Abschaffung des Staatssicherheitsdienstes ist ebenfalls einer der Grundsätze der Demonstrationen vom 17. Juni 1953 gewesen. Inzwischen hat der SSD sein Überwachungssystem komplettiert, hat Abschnittsbevollmächtigte herangezogen und alle SED-Mitglieder verpflichtet, mit dem SSD zusammenzuarbeiten. Das feinverzweigte System der Überwachung der Bürger am Arbeitsplatz, in der Wohnung, im Privatleben, durch die Postkontrolle und mittels Befragung der Kinder in Kindergärten und Schule, in Pionierorganisation und FDJ-Einheit hat die politische Kontrolle noch

Gipfeltreffen des Westens?

Adenauer will die Initiative ergreifen — Westmächte erörtern Genfer Ergebnis

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Adenauer will bei den westlichen Regierungschefs ein „kleines Gipfeltreffen“ des Westens vor der zweiten Genfer Außenministerkonferenz anregen. Ursprünglich wollte er der früheren Einladung der britischen Regierung folgen und nach London reisen, um Premierminister Macmillan von der Notwendigkeit völliger Einigkeit im westlichen Lager zu überzeugen. Von diesem Plan wurde ihm jedoch abgeraten. Adenauer denkt daher an ein Treffen mit Eisenhower, Macmillan und de Gaulle in Paris oder Washington.

Wenige Stunden nach der Rückkehr Bundesaußenministers v. Brentano aus Genf begannen in Bonn die Beratungen über das Verhalten des Westens in der zweiten Konferenzphase. Auf deutscher Seite steht dabei an der Spitze der Forderung, der Westen müsse das Deutschland-Problem erneut im ganzen zur Sprache bringen. Bundespresseschef v. Eckardt enttäuschte allerdings am Montag die Bonner Opposition mit der Bemerkung, diese Taktik schließe nicht aus, daß im Verlaufe der Konferenz auch wieder über eine isolierte Berlin-Lösung für die Übergangszeit bis zur Wiedervereinigung gesprochen werde.

Als unwahrscheinlich gilt in Bonn, daß sich der Bundestag in die Vorbereitungen einschaltet. Das könnte nur durch eine außenpolitische Debatte geschehen. Gegenwärtig besteht jedoch wenig Neigung, über die bisherigen mangelhaften Resultate der Außenministerkonferenz oder über kommende Verhandlungen in der Öffentlichkeit zu debattieren. Am Donnerstag will Bundesaußenminister v. Brentano den Auswärtigen Ausschuß unterrichten. Aber schon jetzt haben CDU/CSU und FDP seiner Ansicht zugestimmt, daß eine außenpolitische Debatte wenig sinnvoll wäre. Die SPD will darüber noch beschließen. Anscheinend will aber auch sie das Ende der neuen Konferenz in Genf abwarten.

Herter berichtet

Der amerikanische Außenminister Herter ist am Montag mit Präsident Eisenhower zu einem ersten Gespräch über den Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz und über die weitere Marschroute des Westens zusammengetroffen. Her-

ter soll dem Präsidenten erklärt haben, daß der in Genf erreichte tote Punkt die Aussichten auf die Einberufung einer erfolgreich verlaufenden Gipfelkonferenz verringert habe. Der Außenminister ist dem Vernehmen nach ferner der Auffassung, daß Chruschtschow den Westen lieber in ein Gipfeltreffen „hineinzüängstigen“ versuche, als die Voraussetzungen für vernünftige Verhandlungen

K. W. B. Mit Donnerschlägen fängt unser Sommer an. Die Aussicht auf Ferien und Erholung, die eine verschwenderische Sonne schon seit Wochen über uns ergießt, will zu den politischen Gewittern, die sich über uns zusammenballen, wenig taugen. „Vertagt“ ist die Genfer Konferenz. Zur Tagung endlich einberufen ist die Bundesversammlung in Berlin. Beide Ereignisse sind, obwohl dies nicht hätte sein müssen, Wetterzeichen für einen vermutlich heißen, gewitterschweren Sommer geworden, in den wir Deutsche hineingehen. Die nervenbelastende innerdeutsche Diskussion, mit der die Wahl des Bundespräsidenten vom freundlichen Lächeln oder groben Poltern Gromykos abhängig gemacht worden war, ist mit Gerstenmaiers jetzigem Entschluß für Berlin auch nicht mit einem Schlage beseitigt.

Kreml-Kanonade

Wir werden also, wie es im Oktober vorigen Jahres, noch frei von allen Leidenschaften, in sachlicher Selbstbestimmung beschlossen war, am 1. Juli in Berlin den neuen Präsidenten der Bundesrepublik wählen. Das wird genau in der Mitte

über die Zukunft Deutschlands zu schaffen.

Fest verbunden mit Berlin

Die Verantwortung der Westmächte gegenüber Westberlin ist und bleibt die primäre Erwägung des Westens in allen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die deutsche Frage. Dies hob das amerikanische Außenministerium in einer amtlichen Erklärung mit Nachdruck hervor. Die Vereinigten Staaten seien der Auffassung, die zwei Millionen Westberliner teilten das Vertrauen Washingtons, daß mit Geduld und Entschlossenheit eine Lösung gefunden werden könne, welche die Sicherheit und das Wohl der Berliner garantiere.

Ein heißer Sommer

der Überlegungspause liegen, die zwischen Abbruch und Wiedergang in Genf steht. Es ist nicht anzunehmen, daß Gromykos so schnelles Ja zur Genfer Konferenz-Unterbrechung ausgerechnet den Deutschen helfen sollte, ein politisches Herzensanliegen, wie die Präsidentenwahl in Berlin, abzuwickeln. Doch Gelegenheit wird es immerhin geben, zu beobachten, wie wenig oder wie sehr den Sowjets an Symbolakten gelegen ist, die Deutschland betreffen. Auf Recht und Souveränität der von ihnen eingesetzten Regierung in der Sowjetzone sind Chruschtschow und seine politischen Abgesandten ja gerade aus. Wer die sechs Wochen von Genf mit seinem dramatischen, vom Kreml-Palast her angekündigten Schluß auf ihre Kernziele hin ansieht, der erkennt: Gromyko hat wohl immer die Giftpfeile gegen Berlin vorgezeigt, aber um die Rosen für das Sowjet-Regime Pankows ist es ihm in der Hauptsache gegangen. Es ist nichts geschehen, was ihn in diesen harten Genfer Wochen auch nur einen Schritt seinem Ziel nähergebracht hätte. Vieles aber deutet auch darauf hin, daß der Kreml diesen Mißerfolg in Genf nicht

einzustecken gedenkt. Die Rede Chruschtschows, mit der er Ulrich und Grotewohl nach Ostberlin entließ, hat nicht nur dem weiteren Tauziehen in Genf vorerst ein Ende gesetzt; sie kündigt auch eine konzentrierte politische Kanonade gegenüber Deutschland für die Folgezeit an. Diese Kanonade wird jetzt deutlicher als in den November-Tagen des Vorjahres nicht mehr nur Berlin als Vorwand, sondern das freiheitliche Deutschland als das genau anvisierte Ziel haben.

Äußerstes Angebot

Von den westlichen Außenministern in Genf mag einer diesen Zusammenklang von Gromykos zögernder letzter Antwort mit dem donnernden Toast aus dem Kreml erkannt haben. Alle westlichen Minister haben sich aber sogleich und drastisch darauf zu einer klaren Absage an die Schein-Unterhändler aus Moskau verstanden. Dies war geschehen, nachdem die Westmächte mit geduldiger Verantwortung einen neuen Berlin-Vorschlag angeboten hatten, der wahrhaftig die „äußerste Grenze der Konzessionen“ gezogen hatte. Die Außenminister fahren zu ihren Regierungschefs in der Erkenntnis, daß die Sowjets ihre Berlin-Attacken, in welcher Modifikation auch immer, vornehmen, um Deutschland zu schockieren. Die hartnäckige Verbindung, in die sie ihren „Friedensvertrag“ oder mindestens ihren „gesamtdeutschen Ausschuß“ mit jeder Art Berlin-Kompromiß bringen wollen, hat nun völlig deutlich gemacht, wohin die sowjetische Politik der Drohungen und Pressionen unter dem Stichwort Berlin zielt.

Warnendes Beispiel

Auf ein Trommelfeuer der Propaganda werden wir uns in den drei Wochen der Konferenzpause gefaßt machen müssen. Chruschtschow hat den Ton, der ihm schon bei seinen letzten Äußerungen immer wieder verächtlich gut lag, jetzt zum Fanfaren-Geschmetter erweitert: Adenauer sei für alle Spannungen in der westlichen Welt verantwortlich. Er hielt es für klug, den deutschen Bundeskanzler gegen seine westlichen Verbündeten auszuspielen und ihn als den bösen Geist

und den Einbläser von Zwist und Unfrieden schwarz in schwarz zu malen. Sicher verspricht sich Chruschtschow davon bei den innerdeutschen Auseinandersetzungen um Adenauer auch neues Terrain für sich in Deutschland selbst. Doch mit dieser Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker und Staaten hat der Herr des Kremls in letzter Zeit noch weniger Glück als seine Vorgänger, die, getreu Lenin, mit der einen Hand das im fremden Land schüren, was sie im eigenen mit dem Genickschuß bestrafen. Vor kurzem erst riet er von Riga aus den Finnen, nicht auf ihren sozialdemokratischen Chef Tanner zu hören; mit dem Erfolg, daß der alte finnische Gegner des Kommunismus in seinem eigenen Land nun wieder kräftiger in die politische Aktivität tritt. Die Empfehlung, Adenauer in die Wüste zu schicken, könnte Chruschtschow nicht weniger eine noch klarere Verständigung der westlichen Verbündeten erbringen, welche nutzbringenden Kräfte gegenüber der sowjetischen Bedrohung in der bundesdeutschen Politik liegen.

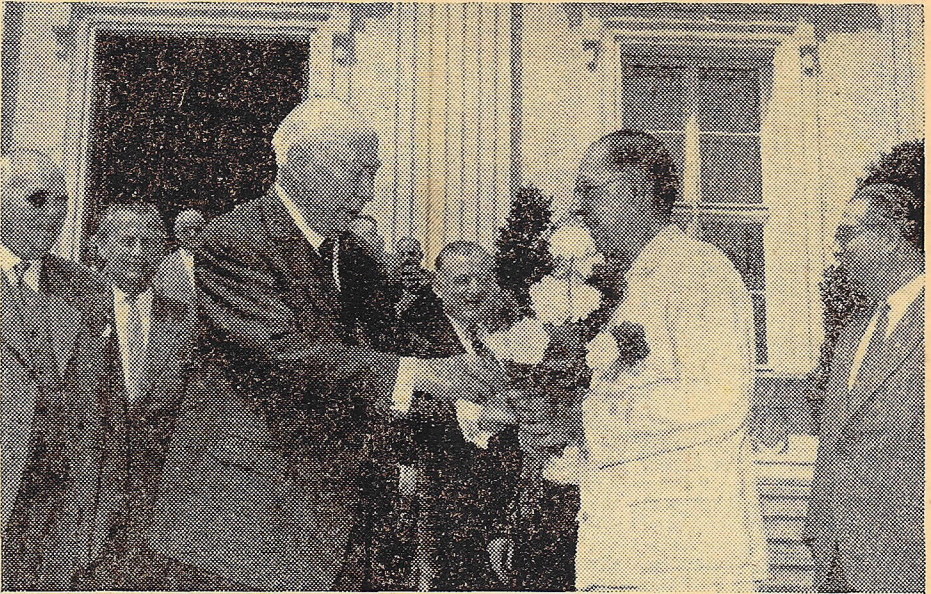
Recht des Westens

Etwas von der Wirkung solcher Politik der Einmischungen und Drohungen macht sich bemerkbar in der von uns schon angedeuteten Bestrebung, die Westmächte jetzt zu einem Gipfeltreffen zusammenzuführen. Solange Genf lief, mochte der Plan noch Spekulation sein. Jetzt aber sollte Eisenhower, da über die sowjetischen Absichten volle Klarheit herrscht, mit Macmillan, de Gaulle und Adenauer recht bald zusammentreffen. Es sollte, wenn irgend möglich, während dieser drei Wochen Konferenzpause geschehen. Denn heute kann noch niemand sagen, wie man am 13. Juli in Genf anfangen soll, wenn man sich nicht gründlich darüber klargeworden ist, was in Verhandlungen mit den Sowjets erzielt werden kann und erzielt werden soll. Der Westen hat trotz des völlig unbefriedigenden Ausgangs von Genf etwas erreicht. Es gibt nämlich jetzt eine klare Welterkenntnis darüber, daß Berlin das Recht des Westens ist, das sogar diejenigen, die es beseitigen wol-

len, anerkennen mußten. Was in Außenminister-Tagungen des Westens, in NATO-Zusammenkünften seit Ende November vorigen Jahres über und zu Berlin gesagt worden ist, mochte immer noch Deklamation bleiben, gegen die die Drohung stand. Nun aber haben sechs Wochen Genfer Ringkampfes mit den Widersachern des freien Deutschland geklärt, daß nicht nur am Recht, sondern auch an der Tatsache des freien Berlin nicht zu rütteln ist. Jede Verletzung dieses Rechtes und dieser Tatsache Berlin muß allein nach diesen Konferenzwochen von aller Welt als der klare Konfliktfall angesehen werden.

Das bessere Programm

Solch ein politischer Erfolg wird im Ansehen der Bevölkerung nicht sehr sichtbar; denn er nimmt der Drohung wohl die akute Gefahr, aber er beseitigt sie nicht. Da die Sowjets nun alle ihre Propaganda-Mittel bis zur Pression denkbarer und auch undenkbarer Art nutzen werden, muß auch der Verhandlungspartner der westlichen Seite aufs Ganze gehen. Die drei Wochen, die bis zum 13. Juli bleiben, sind gewiß sehr kurz, um aus der Politik der Konzessionen ein Programm der Forderungen zu machen. Aber die energische Überprüfung durch die westlichen Regierungschefs sollte es möglich machen, daß die zweite Konferenzphase mit der klaren westlichen Konzeption beginnt: Dem massiven Angriff auf Deutschland muß ein Programm der westlichen Freiheiten entgegen-, ja, vorangestellt werden. Bisher hat man es scheu und vornehm unter dem Verhandlungstisch gehalten. Immer dort, wenn der Westen in diesen Genfer Wochen hart und kompromißlos sein Recht verteidigte, war Gromyko zum Rückzug gezwungen. Der Westen kann sich auf Berlin, und er kann sich auf Deutschland verlassen, sosehr auf diesem Deutschland in diesem Sommer das Trommelfeuer aus dem Osten liegen wird. Aber er sollte die Position, die er im Kampf um Berlin auf Genfer Boden gewonnen hat, nun energisch ausbauen zu einer Plattform im Kampf um die freie westliche Welt.



BILDER DER WOCHE. Oben: Einen Strauß roter Nelken überreichte der Maurerpolier dem Bundespräsidenten, als Theodor Heuss in seinem Berliner Amtssitz, dem wiederaufgebauten Schloß Bellevue, eintraf. — Unten: Blick in den Großen Saal.

